



TÖDLICHE BLUTTAT IN SIEGEN

NRW: 15-jähriger „Deutscher“ ersticht Familienvater an Bushaltestelle

Von JOHANNES DANIELS | Brutaler Messermord durch einen [15-jährigen „deutschen Teenager“](#) (Mainstream Medien) am helllichten Tag in Siegen: Bei einem Streit an der Bushaltestelle Grünberger Straße stach allerdings – nach PI-NEWS-Recherchen – ein arabisch-stämmiger Jugendlicher am Donnerstag gegen 17.30 Uhr in Siegen einem 47-jährigem Familienvater mit einem Messer mehrfach in den Oberkörper. Das Messeropfer verstarb am Abend im Krankenhaus an seinen schweren Verletzungen. Michael B., hinterlässt eine Frau und vier Kinder im Alter von zehn bis 19 Jahren.

„Wir gehen davon aus, dass der Sohn des Getöteten und der Tatverdächtige sich kennen“, erklärte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Siegen auf Anfrage. Der 15-jährige Mörder mit libanesischen Wurzeln ist in Siegen geboren und wohnt in der Nachbarschaft an der Kolleriger Straße. Schon im Vorfeld der Tat kam es immer wieder zu verbalen Auseinandersetzungen zwischen Täter und der Familie des Opfers, so auch am Donnerstag, als der Vater seinem Sohn couragiert zu Hilfe eilen wollte.

Zwischen dem „deutschen Teenager“ und dem 47-Jährigen war es am Donnerstag am Fischbacher Berg zu einem eskalierenden Streit mit Familienangehörigen von Michael B. gekommen. Plötzlich zog der 15-Jährige „Libanese“ ein Messer und stach unvermittelt auf den Vater ein. Das Opfer überlebte die brutale Attacke nicht, die zugefügten Stichwunden waren zu intensiv. Polizisten nahmen den Jugendlichen, der nach dem Angriff zunächst geflüchtet war, wenig später fest. Am Freitag wurde der „Teenager“ einem Haftrichter vorgeführt: „Die Tat wird als Tötungsdelikt gewertet“, betonte der Staatsanwalt.

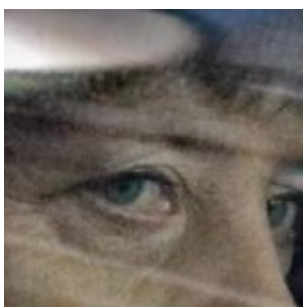
In der [offiziellen Pressemitteilung](#) heißt es: „Weitere Auskünfte werden wegen des jugendlichen Alters des Beschuldigten nicht erteilt“ – Themenkreis Täterschutz / Jugenddelikte / Migrantengewalt. BILD vermeldet allerdings derzeit gehorsamst, dass es sich bei dem Täter um einen „[deutschen Staatsbürger](#)“ handelt. Die meisten „Libanesen“ in Deutschland sind allerdings ethnische Palästinenser oder kurdischer Herkunft.

Bislang gab es weder von der Polizei noch von der Staatsanwaltschaft nähere Angaben zu einem möglichen Motiv und weiteren Hintergründen. Das Messer gehört zu Mordrhein-Westfalen, dort sitzen die Messer seit einigen Jahren sehr locker. Auch die Hamburger Polizei zählt seit April Messerattacken sogar als „gesondertes Delikt“ und berichtet über die Zahlen: In den letzten 90 Tagen hat es allein in Hamburg 110 – amtlich bekannt gewordene – Messerattacken gegeben.



Die Bushaltestelle in Siegen an der Grünberger Straße. Hier stach der „deutsche Staatsbürger“ auf den vierfachen Familienvater Michael B. ein – er verstarb am Abend an seinen Stichverletzungen.

Die [WeLT](#) titelt ergebnisneutral: „Mit Messer auf Mann eingestochen – 15-Jähriger festgenommen“ und lässt derzeit immerhin einen (!) Leserkommentar pro Stunde zu ...



Niemand hetzt so erfolgreich wie das Machtkartell

Von WOLFGANG HÜBNER | Der Mord an dem hessischen CDU-Politiker Walter Lübcke ist auch nach der Verhaftung eines Tatverdächtigen mit extremistischen Verbindungen keineswegs aufgeklärt. Das hindert aber weder Politiker der etablierten Parteien noch die linksliberal-grün dominierten Medien daran, Ursache und Motivation für den Mord in Hass und Hetze politisch unliebsamer Kreise oder Personen zu suchen. Diese durchschaubare, aber für das Grundrecht auf Meinungsfreiheit äußerst bedrohliche Kampagne ist jedoch für deren Initiatoren und Mitläufer durchaus problematisch: Denn niemand verbreitet Hass, Hetze und Intoleranz so erfolgreich wie unheilvoll in Deutschland wie all die selbsternannten Gesinnungs- und Sprachwächter.

Seit Merkels Grenzöffnung 2015 für den unkontrollierten Zustrom kulturfremder Menschenmassen aus Nahost, Arabien, Asien und Afrika kann jeder, der diesen tiefen Einschnitt in die deutsche Zukunft öffentlich kritisiert und die negativen Folgen darlegt – ob nun sachlich, polemisch oder verzweifelt – folgenlos als „Nazi“, „Fremdenfeind“ und/oder „Rassist“ diffamiert werden. Weder die Bundeskanzlerin noch einer der beiden Bundespräsidenten seit 2015, von den medialen Sprachrohren des deutschen Machtkartells ganz zu schweigen, hat vernehmlich oder gar unmissverständlich den nach vielen Millionen zählenden Teil des Volkes in Schutz genommen, der mit dieser Invasion und ihren Folgen nicht einverstanden war und ist.

Es bleibt eine ungeheuerliche Provokation, dass die für diese Grenzöffnung hauptverantwortliche Bundeskanzlerin Merkel bis heute nicht den Deutschen erklärt hat, warum sie 2015 so gehandelt hat. Diese autoritäre, arrogant nichtbegründete Entscheidung hat bei unzähligen Menschen Unwillen,

Verbitterung und, ja gewiss, auch Hass erzeugt – was ist daran verwunderlich? Und was ist unverständlich, wenn die provokative Empfehlung eines CDU-Politikers an Kritiker der „Flüchtlingspolitik“, sie könnten ja Deutschland verlassen, Empörung hervorruft, die nicht verraucht? Selbstverständlich rechtfertigt diese Empörung keine verbalen Hassausbrüche, erst recht nicht eine Gewalttat oder gar Mord.

Doch ehrlich kann die Erregung über bestimmte grenzwertigen Meinungen in den Foren des Internets ganz gewiss nicht bei denen sein, die fast unbeschränkte Macht über die veröffentlichte Meinung und Meinungsmache haben. Denn sie haben diese Macht noch nie dafür genutzt, die Funktionäre und Mitglieder einer in vielen demokratischen Wahlen erfolgreichen rechtskonservativen Partei, also der AfD, vor linksextremer Gewalt und linksliberal-grüner Verteufelung und Ausgrenzung zu schützen. Es ist den Machthabern in Deutschland offensichtlich sogar ganz recht, wenn Versammlungen von rechtskonservativen und patriotischen Menschen regelmäßig gestört, blockiert und nur unter massivem Polizeischutz stattfinden können.

Und wenn sich in Dresden, Chemnitz oder Cottbus tausende Deutsche zum Protest gegen die Zumutungen der „bunten“ Republik absolut friedlich zusammenfinden, wenn sie das dann auch noch bei Wahlen und im engen Rahmen oppositioneller Medien dokumentieren, dann sprechen höchste Repräsentanten und Politiker ungeniert von „Pack“ und „Dunkeldeutschland“. In den Programmen der Staatssender von ARD und ZDF, im Staatsfunk wird tagtäglich mit bereitwilliger Zustimmung der von den Staatsparteien dominierten öffentlich-rechtlichen Gremien massiv Stimmung gegen alles gemacht, das als „rechts“ denunziert wird oder als „rechts“ verdächtigt wird, nur weil es schlicht nicht so links ist wie von den medialen Volkserziehern verlangt.

Von nicht zu überschätzender Bedeutung für das Machtkartell und seinen Kampf gegen rechtskonservative und patriotische Kräfte ist der in demokratischen Staaten weltweit am höchsten

subventionierte Kultur- und Kunstbereich. Im einstigen Land der Dichter, Denker und Musiker herrscht devoter Konformismus der sogenannten „Politischen Korrektheit“ vor. Jedes Stadttheater, jedes Opernhaus, jedes Kulturzentrum, jede Kunstschule ist eine Festung gegen „Rechts“. Und nicht anders die Situation an den Universitäten, Fachhochschulen und auch in den Wissenschaftsinstitutionen. Wer hier nur sachlich über die politisch betriebene tiefe Spaltung in Deutschland diskutieren will, wird schon der Sympathie mit dem „Feind“ bezichtigt.

Die oppositionellen Foren im Internet, die wenigen unabhängigen Medien sind tatsächlich nur ein Fliegenschiss auf einer Übermacht, die Ohnmachtsgefühle erzeugt und das auch ganz gezielt tut. Ja, das führt auch zu dummen, abstoßenden und gegenhetzerischen Reaktionen. Diese sollen hier weder bestritten noch gar gebilligt werden. Aber es muss klar sein: Es sind nur Reaktionen auf den kalten Bürgerkrieg, den das Machtkartell in Deutschland Millionen Menschen erklärt hat und unerbittlich führt.

Dieser kalte Bürgerkrieg hat Familien, Kollegen, Freundeskreise verseucht, entzweit und ein ganzes Volk gespalten. Er wäre allerdings jederzeit zu beenden, indem die Meinungs- und Gesinnungsfreiheit zwischen Flensburg und Konstanz, zwischen Aachen und Görlitz wieder ermöglicht sowie gegen linke Gewalt gesichert würde. Dann könnte endlich auf einigermaßen gleicher Augenhöhe öffentlich gestritten werden. Es sind mitnichten die derzeit faktisch Machtlosen, die das um jeden Preis, offenbar auch um den Preis der Errichtung einer totalitären Tauber-Demokratie verhindern wollen – es sind die derzeit Mächtigen, die sich selbst als „Zivilgesellschaft“ feiern.



Hübner auf
der Buch-
messe 2017
in
Frankfurt.

[PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner](#) schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der „Bürger für Frankfurt“ (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016 sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der leidenschaftliche Radfahrer ist über [seine Facebook-Seite](#) erreichbar.



Und jetzt soll eine braune RAF konstruiert werden

„Angesichts des offenkundigen Wunsches des Mainstreams, eine braune RAF zu konstruieren, habe ich mich nochmal kurz mit dem NSU befasst und in meinen Unterlagen dazu nachgesehen.“

Mundlos soll innerhalb von 30 Sekunden (!!) einerseits auf Polizisten geschossen, einen Brand im Camper gelegt, sich selbst erschossen und danach (!!) noch mal das Repetiergewehr nachgeladen haben, denn es steckte ein Projektil im Gewehr, das nur durch Nachladen in den Lauf gerutscht sein konnte.

Nach dem Tod von Böhnhardt und Mundlos fotografierte die Feuerwehr den Einsatz. Der zuständige Polizeidirektor Michael Menzel beschlagnahmte die Speicherkarte. Sie ist bis heute unauffindbar.

Wegen angeblicher Explosionsgefahr durften weder Sanitäter oder der Notarzt noch Rechtsmediziner zu den Leichen in dem Camper. Der Camper wurde stattdessen samt Leichen und Löschsubstanzen in einem Winkel von circa 30 Grad auf das Abschleppfahrzeug gezogen und abgeschleppt (womit alle Spuren verschoben wurden).

Auf keiner der Waffen befanden sich die Fingerabdrücke von Mundlos und Böhnhardt. Beide trugen keine Handschuhe. Danach eine endlose Reihe von „Pannen“ und 5 tote Zeugen. Junge Zeugen, die an „Unfällen“ starben. Dazu Verfassungsschutzmitarbeiter, die sich zu den Tatzeiten des NSU in unmittelbarer Nähe der Tatorte befanden.

Meine persönliche Einschätzung: Der NSU ist genauso ein Fake des Verfassungsschutzes, um alles, was „rechts“ ist, zu desavouieren, wie der Tod von Lübcke. Der Tatort in Sachen Lübcke wurde manipuliert, das steht fest.

Man behauptet nun, Reker (OB Köln) und Hollstein (das ist der Altenaer Bürgermeister, der mit dem Messer fast von einem blitzradikalisierten „Neonazi“ erstochen wurde, indem der ihm eine kleine Kratzwunde am Hals zufügte, weil ihm von den Stadtwerken das Wasser abgestellt worden war (also klar ein rechtsextremes Motiv hatte; Sarkasmus off) würden ominöse „Morddrohungen“ bekommen und beschwört ein rechtes Netzwerk, das mit allen Mitteln (u.a. dem Art. 18 GG) zu bekämpfen sei.

Rechts=rechtsextrem=rechtsradikal. Klar. Das ist so offensichtlich konstruiert, das kann man wirklich nur den öffentlich-rechtlich-medial-gehirnerweichten Deutschen vorsetzen.

Beim NSU haben sie sich wenigstens noch ein bisschen Mühe gegeben, den Schein zu wahren, denn selbst die zynischsten Zyniker konnten sich nicht vorstellen, dass dieses Volk SO blöd ist. Inzwischen weiß man es besser. Es ist noch blöder...“

(Gefunden [bei Tatjana Festerling 21.6.19](#) und deckt sich ziemlich mit dem, was auch PI-NEWS immer wieder kritisiert hat: Die [Ungereimtheiten im NSU-Prozess Teil I-V!](#))



Köln: Linksextremisten fackeln Porsches wegen Klimawandel ab

Von MARKUS WIENER | Was haben wir nicht schon alles von der linksextremen Szene erlebt: Kein Kölsch für Nazis oder saufen gegen rechts – und jetzt auch noch keine Porsche mehr und Feuerlegen gegen den Klimawandel. So zumindest stellt sich nach [Medienberichten](#) der derzeitige Ermittlungsstand zu einem Brandanschlag auf das Porsche-Zentrum in Köln-Ehrenfeld dar.

Am frühen Montagmorgen standen auf dem Gelände des Autohauses

vier neue Porsche Macan – Listenpreis ab 59.752 EUR aufwärts – in Flammen. Nur das schnelle Eingreifen der Feuerwehr konnte ein weiteres Ausbreiten des Brandes verhindern. An den Luxus-SUVs entstand jedoch Totalschaden und die Polizei stellte schon kurze Zeit später die Verwendung von Brandbeschleunigern fest.

Nun ist also auch noch ein Bekennerschreiben der linksextremen Szene aufgetaucht. Darin heißt es: „Heute Nacht haben wir vier backfrische Porsche der Premium-Klasse auf dem Gelände des Porschezentrums Köln-Ehrenfeld abgebrannt. Jeden Morgen fahren unzählige 3,5 Tonnen Autos vor, um je 35 Kilo Kind vor der Schule abzuladen. Das muss ein Ende haben! ‚Ende Geländewagen‘ spürbar werden lassen! Wir wollen uns mit dieser konkreten Maßnahme friedlich für die Begrenzung der klimaschädlichen CO2-Emissionen einsetzen.“

35 Kilo Kind abladen? Friedliche Brandstiftungen? 14 Tonnen Metall und Kunststoff gegen CO2-Ausstoß und Klimawandel abfackeln?

Wie krank muss man im Kopf eigentlich für eine solche “Logik” und Verrohung sein?

Doch man ist in Köln und anderswo ja vieles gewohnt vom Linksaußen-Sumpf, der dennoch von kommunalen und staatlichen Stellen nicht trocken gelegt, sondern sogar noch mit Subventionen und Hilfen jeder Art unterstützt wird. So auch in Köln, wo seit Jahren verfassungsfeindliche Linksextremisten im sogenannten Autonomen Zentrum (AZ) an der Luxemburger Straße mietfrei in einem städtischen Gebäude logieren können und die Oberbürgermeisterin Henriette Reker sich nicht zu schade ist, direkt vor Ort in der linken Brutstätte ein T-Shirt mit dem Aufdruck “AZ bleibt” zu erwerben. Man braucht schließlich stets willige und schlagkräftige Fußtruppen im “Kampf gegen rechts”. Gelegentliche Nebenwirkungen eines solchen “Spiels mit dem Feuer” werden dann wohl in der Kategorie “Kollateralschäden” verbucht..



Markus
Wiener.

[PI-NEWS-Autor Markus Wiener](#) schreibt bevorzugt zu Kölner und tagespolitischen Themen für diesen Blog. Der 41-jährige Politologe und gelernte Journalist ist parteiloses Mitglied des Kölner Stadtrates und der Bezirksvertretung Chorweiler. Seit über 20 Jahren widmet er sein politisches und publizistisches Engagement der patriotischen Erneuerung Deutschlands. Der gebürtige Bayer und dreifache Familienvater ist über [seine Facebook-Seite](#) erreichbar und bloggt zur Kölner Kommunalpolitik auch unter [rutwiess.blog](#).



Hamm: Südländer verprügelt grundlos 60-Jährigen

Hamm: Von einem Unbekannten angegriffen und leicht verletzt wurde ein 60-Jähriger am frühen Mittwochmorgen, 19. Juni, auf

einer Grundstückseinfahrt an der Marker Allee. Der Hammer stand dort gegen 5.30 Uhr vor einem Haus, als plötzlich ein 25 bis 28 Jahre alter Mann auf ihn zukam. Ohne erkennbaren Grund schlug und trat der Täter auf sein Opfer ein. Anschließend flüchtete der Angreifer in unbekannte Richtung. Er ist etwa 1,80 Meter groß, [südländisch](#) aus und trug eine blaue Jeans, eine grüne Jacke sowie weiße Turnschuhe. Hinweise auf den Gesuchten nimmt die Polizei Hamm unter der Telefonnummer 02381 916-0 entgegen.

Nachfolgend eine kleine Auswahl weiterer gewalttätiger „Bereicherungen“ der letzten Zeit, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten. In diesem Zusammenhang möchten wir auch darauf hinweisen dass [Deutsche als „Köterrasse“](#) bezeichnet werden dürfen, ohne dass dies gerichtlich als Volksverhetzung geahndet wird.

Deggendorf: Brisanter Einsatz für die Polizei am Samstagabend in Deggendorf. Dort bedrohte und attackierte ein [25-jähriger Mann aus dem Senegal](#) Passanten. Zunächst wurde der Polizei kurz vor 18 Uhr mitgeteilt, dass ein dunkelhäutiger Mann im Stadtpark Kinder und Passanten belästigen und bedrohen würde. Noch bevor die Polizei am Stadtpark eintraf, eskalierte die Situation. Drei Männer griffen ein und forderten den Senegalesen auf, die Kinder und andere Passanten endlich in Ruhe zu lassen. Daraufhin sah der 25-Jährige offenbar rot. Er zerbrach eine Glasflasche und attackierte die drei Männer damit. Sie erlitten dabei zum Teil schwere Verletzungen und mussten wenige Minuten später vom Rettungsdienst umgehend ins Krankenhaus gebracht werden. Der Angreifer aus dem Senegal wurde von der Polizei festgenommen. Der 25-Jährige wurde am Sonntagvormittag einem Ermittlungsrichter am Amtsgericht Deggendorf vorgeführt. Dieser erließ Haftbefehl wegen eines versuchten Tötungsdeliktes. Der Senegalese wurde anschließend in eine Justizvollzugsanstalt eingeliefert.

Erfurt: Eine Streife der Bundespolizei musste gestern in

Erfurt einschreiten, weil ein Mann handgreiflich wurde. Die Streife war gerade auf dem Weg zur Dienststelle, als ein [24-jähriger Afghane](#) auffiel, der laut schreiend im Bereich der Bahnstufung unterwegs war. In der Folge kam es zu einem Wortgefecht mit einem 32-jährigen Deutschen, den der Afghane daraufhin ins Gesicht schlug. Den Beamten gelang es, die Auseinandersetzung zu unterbinden und den Angreifer festzunehmen. Auch im polizeilichen Gewahrsam verhielt sich der Mann weiterhin aggressiv. Gegen diesen leitete die Bundespolizei ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Körperverletzung ein. Nach Abschluss aller polizeilichen Maßnahmen durfte er die Dienststelle wieder verlassen. Der 32-Jährige Geschädigte wurde durch den Schlag an der Nase verletzt und musste durch den Rettungsdienst zur Behandlung ins Katholische Krankenhaus gebracht werden.

Gießen: In der Straße „Neustadt“ kam es Dienstagabend zu einem polizeilichen Einsatz, bei dem ein [33-jähriger Asylbewerber aus Jamaika](#) festgenommen wurde. Gegen ihn leiteten die Beamten mehrere Ermittlungsverfahren wegen versuchter Diebstähle, Beleidigung, Ladendiebstahl, Körperverletzung, Sachbeschädigungen sowie Exhibitionistische Handlungen ein. Er wird auf Antrag der Staatsanwaltschaft noch heute dem Haftrichter vorgeführt. Der Sicherheitsdienst hatte gegen 18.10 Uhr die Polizei angefordert, nachdem ein offensichtlich alkoholisierte Randalierer mehrfach wegen verschiedener Delikte aufgefallen war. Eine Polizeistreife und mehrere Wachpolizisten kontrollierten den 33-Jährigen, der keinen festen Wohnsitz im Bundesgebiet hat. Nach bisherigen Ermittlungen zufolge ist der Tatverdächtige einen Tag zuvor aus der JVA entlassen worden und Dienstag (18. Juni) im Bereich des Einkaufszentrums mehrfach wegen verschiedener Straftaten in Erscheinung getreten. Aus einem Geschäft wollte er offenbar Bekleidung stehlen. Beim Versuch der Angestellten den Langfinger aufzuhalten, entblößte er sich und zeigte nach ersten Informationen zwei Frauen sein Geschlechtsteil. Der informierte Sicherheitsdienst begleitete ihn nach draußen.

Daraufhin versuchte er in weiteren Geschäften Zigaretten, Mix-Getränke und Parfüm zu stehlen. Einer Angestellten aus einem Lebensmittelgeschäft wollte er sogar Chili-Schoten in ihre Augen drücken. Ein anderer Mitarbeiter kam ihr zu Hilfe. Zusammen konnten sie den Randalierer aus dem Laden drängen. Offenbar vor lauter Wut lief er danach schreiend auf zwei Passantinnen zu, die in ein Geschäft flüchteten. Vor dem Betreten der Galerie „Neustädter Tor“ stieß er mehrere abgestellte Fahrräder um. Letztendlich hielt der Sicherheitsdienst im Eingangsbereich den Jamaikaner bis zum Eintreffen der Polizei fest. Auf dem Weg zur Polizeiwache und den Gewahrsamszellen beleidigte und bedrohte der Festgenommene die Beamten. Ein Alkoholtest ergab einen Wert von 1,84 Promille. Eine Ärztin entnahm dem Verdächtigen eine Blutprobe. Die Nacht verbrachte der 33-Jährige im Polizeigewahrsam. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wird der Tatverdächtige noch heute vorgeführt.

Frankfurt: Heute Morgen (20. Juni 2019) eskalierte eine Auseinandersetzung unter zwei Männern am Willy-Brand-Platz. Die hiesige Mordkommission ermittelt nun wegen eines versuchten Tötungsdeliktes. Gegen 04.30 Uhr beobachteten Zeugen, wie zwei Männer zunächst nur verbal stritten. In der Folge schlug ein Streitender mit einer abgebrochenen Glasflasche auf seinen Kontrahenten ein. Dabei verletzte er ihn am Hals und verfehlte nur knapp die Hauptschlagader. Das 29-jährige Opfer befindet sich augenblicklich außer Lebensgefahr. Die Hintergründe der Tat sind bislang unklar. Der Tatverdächtige befindet sich noch aktuell auf der Flucht und wird wie folgt beschrieben: Männlich, [vermutlich afghanische Herkunft](#), ca. 25 Jahre alt, ca. 1,70 – 1,75m groß und bekleidet mit schwarzer Oberbekleidung und einer deutschen „Kapitänsbinde“, wie sie im Sport üblich ist, um den rechten Oberarm. Dazu trug er eine schwarze Baseball-Mütze. Zeugen, die Hinweise zur Identität des Gesuchten oder zum Sachverhalt geben können, werden gebeten, sich unter der Rufnummer 069 / 755 – 51199 zu melden.

Augsburg: Am Dienstag (18.06.2019) ereignete sich gegen 14:25 Uhr ein Körperverletzungsdelikt in einem Einkaufscenter am Willy-Brandt-Platz. Hier gerieten ein 37-Jähriger und ein bislang unbekannter Täter aus ungeklärter Ursache in Streit. Der Unbekannte, der sich vermutlich mit seiner Familie dort aufgehalten hatte, versetzte dem 37-jährigen Geschädigten einen Kopfstoß und schlug mit der Faust nach ihm. Der Geschädigte ging dadurch verletzt zu Boden. In der Zwischenzeit entfernte sich der Täter mit seiner Familie in Richtung Fahrstuhl. Über den unbekanntem Mann ist bekannt, dass er ca. 185 cm groß ist, etwa 39-40 Jahre alt und kräftig/athletisch gebaut. Er trug ein dunkelblaues T-Shirt mit weißen Punkten und eine blaue Jeans. Nach Angaben des Geschädigten war er [möglicherweise türkischer Herkunft](#).

Delmenhorst: Vor einem Supermarkt in der Hauptstraße in Neerstedt sind am Dienstag, 18. Juni 2019, gegen 19:45 Uhr, zwei junge Männer aneinandergeraten. Der Streit eskalierte, einer der Männer ergriff einen Stein und schlug seinem 28-jährigen Kontrahenten aus der Gemeinde Dötlingen gegen den Kopf. Der 28-Jährige erlitt durch den Schlag eine Platzwunde am Kopf, stürzte zu Boden und zog sich dadurch vermutlich eine Fraktur eines Armes zu. Er wurde später durch die Besatzung eines Rettungswagens in ein Krankenhaus gefahren. Der Beschuldigte flüchtete im Anschluss zu Fuß vom Tatort in Richtung Steinweg. Zeugen beschrieben den Mann als: ca. 20 Jahre alt – schwarze Haare – schwarzer Bart – [dunklerer Teint](#) – weiße Joggingjacke mit roten Streifen – blaues T-Shirt mit gelbem Querstrich und dem Buchstaben ‚K‘.

Bielefeld: An der Werner-Bock-Straße schlugen drei Täter am Montagabend, 17.06.2019, einen Badegast und flüchteten. Der Gast, gegen den ein Haftbefehl vorlag, erlitt leichte Verletzungen. Gegen 19:30 Uhr schlugen drei Unbekannte einen 32-jährigen Besucher eines Freibades an der Werner-Bock-Straße. Nach Aussagen des Bielefelders hatten die Männer vorher eine Frau beleidigt. Als er die Männer aufforderte dies

zu unterlassen, schlugen sie auf ihn ein und flüchtete anschließend in Richtung Bleichstraße. Das Opfer erlitt eine Platzwunde an der Stirn. Der 32-Jährige beschrieb die [drei südländisch aussehenden Tatverdächtigen](#) als 18 bis 25 Jahre alt und von normaler Statur.

Petersberg: Ein 53-jähriger Mann aus Fulda ist am Donnerstagmorgen auf dem Petersberger Rathausplatz von einem unbekanntem Täter zusammengeschlagen worden. Die Polizei ermittelt wegen Körperverletzung. Wie die Polizei berichtet, griff der Täter den 53-Jährigen gegen 1.15 Uhr völlig unvermittelt von hinten an. Er trat sein Opfer gegen den Oberkörper und dann ins Gesicht, sogar als dieser bereits auf dem Boden lag. Der Verletzte konnte noch seine Ehefrau verständigen, die den Notruf wählte. Der 53-Jährige wurde mit Verdacht auf mehrere Frakturen im Brust- und Kopfbereich ins Klinikum gebracht. Die Polizei sucht nach Zeugen und ermittelt wegen Körperverletzung: Der Verdächtige soll dunkel gekleidet und von großer Statur gewesen sein. Er soll laut Polizei außerdem [mit ausländischem Akzent](#) gesprochen haben.

Singen: Eine bislang unbekannte Frau schlug am Montag gegen 13.00 Uhr auf dem Gehweg im Bereich Pfaffenhäule / Haltestelle Singen Industrie eine 27-jährige Frau. Wegen einer Kleinigkeit waren sie zuvor im Zug in Streit geraten. Als beide an der Haltestelle ausstiegen, ging die Unbekannte der 27-Jährigen hinterher und schlug ihr von hinten mit der Faust oder einem Gegenstand gegen den Hinterkopf und auf den Rücken. Trotz eingeleiteter Fahndung konnte die Tatverdächtige nicht mehr angetroffen werden. Beschrieben wird sie wie folgt: etwa 25 Jahre, 170 cm groß, [dunkelhäutig](#), rot / lila gefärbte Haare mit vielen geflochtenen Zöpfen, trug ein weißes Top und eine kurze Hose. Personen, die Hinweise zu der Tatverdächtigen geben können, werden gebeten, das Polizeirevier Singen, Tel. 07731/888-0, zu informieren.

München: Am Sonntag (16. Juni) randalierte ein 25-Jähriger in einer S-Bahn. In Unterschleißheim wurde er aus der Bahn

geholt, ging auf Bundespolizisten los und versuchte sich selbst zu verletzen. Landespolizisten wiesen ihn in ein psychiatrisches Krankenhaus ein. Ein Bundespolizist vom Münchner Flughafen befand sich Sonntagfrüh gegen 05:20 Uhr in einer S1 Richtung Flughafen. In der Bahn wurde er auf einen jungen Mann aufmerksam, der versuchte Reisende zu schlagen und herumbrüllte. Am S-Bahnhaltepunkt Unterschleißheim brachte der Polizist den Mann aus der Bahn, wo bereits eine Bundespolizeistreife vom Hauptbahnhof auf den augenscheinlich unter Alkohol- und Drogeneinfluss Stehenden wartete. Nach erfolgter Personalienfeststellung sollte der 25-jährige Afghane den Bahnsteig verlassen, was er jedoch nicht tat. Stattdessen warf er sich in ein Beet, schlug auf den Boden und gegen Werbeplakate und versuchte auch die Polizisten zu schlagen, woraufhin er gefesselt wurde. Der in München Lebende trat nun unkontrolliert um sich, sodass auch seine Beine fixiert wurden. Daraufhin begann er die Beamten zu beleidigen und schrammte mit dem eigenen Gesicht auf dem betonierten Bahnsteig, sodass er Schürfwunden erlitt. Eine zur Unterstützung hinzugerufene Streife der Landespolizei ordnete aufgrund der Selbst- und Fremdgefährdung die Unterbringung des 25-Jährigen in einem psychiatrischen Krankenhaus an. Bei der Übergabe des [Afghanen](#) ans Krankenhaus spuckte er noch nach den Beamten. Die zuständige Richterin ordnete eine Blutentnahme bei dem Mann an. Gegen ihn wird wegen Widerstand und tätlichen Angriffs gegen Vollstreckungsbeamte, Körperverletzung und Beleidigung ermittelt.



46.336 Deutsche wurden 2018 Opfer krimineller Migranten

Als im April 2019 die neue Polizeiliche Kriminalstatistik aus Deutschland für das Jahr 2018 veröffentlicht wurde, ließ sich die Politik für das mutmaßliche Sinken der Kriminalität feiern. Das aktuelle BKA-Lagebild zeigt jetzt aber sehr eindeutig auf, wie es wirklich steht, und die Zahlen sind wahrhaft erschreckend: Unter den insgesamt 101.956 Opfern von Straftaten mit Tatverdächtigen Zuwanderern befanden sich 46.336 Deutsche.

Die Medien des Mainstreams stellten im April die Behauptung auf, die Gewalt gegen Ausländer, wie auch die Verfolgung jüdischer Mitbürger, habe dramatisch zugenommen, während die Kriminalität generell gesunken wäre. Doch alle diese Aussagen sehen Beobachter nun als „gewaltige statistische Lügen“ enttarnt. Belegt werde das durch das nunmehr veröffentlichte [Lagebild zur Zuwanderungskriminalität des Bundeskriminalamtes](#).

Nach den dort veröffentlichten Zahlen stieg die Anzahl der Morde an Deutschen durch die Gruppe der Zuwanderer gegenüber 2017 um beängstigende 105 Prozent an. Die durch Ausländer verübten Vergewaltigungen kletterten auf den Rekordwert von 13.377 Fälle und schwere und schwerste Körperverletzungen gegen Deutsche stiegen auf die horrende Anzahl von 55.359. Ebenso entlarvt das neu BKA-Lagebild die Behauptung der angeblich zunehmenden Gewalt von Deutschen gegen Ausländer als dreiste Unwahrheit.

Gewalt von Deutschen gegen Ausländer selten

Denn tatsächlich waren an den 47.042 Angriffen auf Ausländer lediglich 8.455 Passdeutsche beteiligt. Der Großteil aller Angriffe auf Fremde erfolgte also durch andere Migranten, nicht durch Deutsche. Ähnlich manipulierend sind auch

Behauptungen, wonach die vermeintlich gestiegene Verfolgung jüdischer Mitbürger durch Deutsche geschehen würde. Denn die Polizei ordnete Straftaten gegen in Deutschland lebende israelische Bürger und jüdische Religionsangehörige, die sie nicht aufklären konnten, [ganz einfach der deutschen Tätergruppe](#) zu. Auch wenn es hierfür nicht einmal Hinweise gab.

Blick in die Gefängnisse

Bezeichnend für das Lügengebäude um die wahre Ausländerkriminalität in Deutschland sind auch die Belegungszahlen der Haftanstalten. Denn seit 2015 stieg der Anteil von Ausländern im deutschen Strafvollzug allein in Hamburg auf heute 61 Prozent aller Inhaftierten. In Berlin auf 51 Prozent, in Baden-Württemberg auf 48, in Bayern 45 und Hessen 44 Prozent. Und in diesen Zahlen ist der große Anteil der einsitzenden Ausländer, die die deutsche Staatsbürgerschaft erlangten, noch gar nicht erfasst.

(Artikel übernommen von [WOCHENBLICK.AT](#))



17 Polizisten zu wenig gegen aggressive Schwangere aus

Sierra Leone

Von EUGEN PRINZ | Die Polizei ahnte wohl schon, was auf sie zukommen würde. Deshalb rückte sie letztes Jahr im Mai zunächst mit neun männlichen und zwei weiblichen Beamten an, als in der Hengersberger Außenstelle des Deggendorfer Transitcenters eine 21-jährige Frau aus Sierra Leone zusammen mit ihrem 4-jährigen Sohn abgeschoben werden sollte.

Eile war geboten, da die abgelehnte Asylbewerberin erneut schwanger war und einige Tage später der Mutterschutz, der sie vor einer Abschiebung bewahrt hätte, in Kraft getreten wäre. Um die Ausreisepflichtigen auch sicher anzutreffen, standen die Beamten bereits um 03.35 Uhr vor ihrer Tür. Allerdings war die Dame zu diesem Zeitpunkt nicht nur im siebten Monat schwanger, sondern auch unbekleidet, was den weiteren Einsatz nicht leichter machte. Eine Polizistin versuchte, der abgelehnten Asylbewerberin auf Englisch die Abläufe zu erklären. Diese lief jedoch nackt, wie sie war, zum Fenster und wollte sich rückwärts hinausfallen lassen. Es gelang der Beamtin noch, sie am Fuß zu packen und zusammen mit einem Kollegen wieder ins Zimmer zu ziehen.

Mit Zähnen und Klauen

Daraufhin leistete die Schwarze heftigsten Widerstand und biss einem Beamten in die Hand. Es mussten noch drei weitere Streifenbesatzungen zu Hilfe geholt werden, um die Frau zu bändigen. Zum Schluß waren insgesamt [17 Beamte nötig](#), um sie zur Raison zu bringen.

Die Ausreisepflichtige wurde gefesselt abtransportiert und kam zunächst in Abschiebehäft. Im Hintergrund liefen zu diesem Zeitpunkt schon die Vorbereitungen für die Gegenmaßnahmen: Der Polizei wurde von der abgelehnten Asylbewerberin, ihrer Rechtsanwältin und natürlich dem bayerischen Flüchtlingsrat (der bei so etwas nicht fehlen darf) vorgeworfen, unangemessen

brutal gegen die arme Schwangere vorgegangen zu sein. Natürlich sprangen auch die lokalen [Medien](#) sofort auf diesen Zug. Es kam, wie es kommen musste: Am Ende des Tages konnte das Goldstück aus Sierra Leone bleiben.

Nicht einmal die geballte Staatsmacht von 17 Polizeibeamten schafft es also, eine abgelehnte Asylbewerberin aus dem Land zu schaffen. Was will man dazu noch schreiben?

Polizei vor Gericht rehabilitiert

Bleibt noch die strafrechtliche Aufarbeitung des kläglich gescheiterten Abschiebe-Versuches. Diese fand vor einigen Tagen beim Amtsgericht Deggendorf in Form einer Hauptverhandlung gegen die jetzt 22-Jährige statt. Der Tatvorwurf: Vorsätzliche Körperverletzung in mehreren Fällen und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte.

Selbstverständlich wurden auch im Rahmen der Gerichtsverhandlung wieder die bekannten Vorwürfe gegen die Polizei erhoben, sie wäre übermäßig brutal vorgegangen. Dummerweise für die Angeklagte hatten die Beamten jedoch in weiser Voraussicht den gesamten Einsatz mit einer Videokamera dokumentiert. Dem Gericht durften diese Aufnahmen – wenn auch unter Ausschluß der Öffentlichkeit – gezeigt werden. Das Ergebnis: Die Vorwürfe der Angeklagten wurden vollumfänglich widerlegt, die der Polizei hingegen bestätigt.

Die Richterin verhängte daher eine Freiheitsstrafe von sieben Monaten, die auf drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurde. Grund für das milde Urteil war, dass der medizinische Gutachter der Angeklagten eine posttraumatische Störung mit eingeschränkter Steuerungsfähigkeit attestierte.

Fassen wir also zusammen:

1. Siebzehn Polizeibeamte schaffen es nicht, die Abschiebung zu Ende zu bringen
2. Mit der Legende, die Polizei wäre übermäßig brutal

- vorgegangen, wird Druck aufgebaut
3. Die abgelehnte Asylbewerberin kann in Deutschland bleiben, wahrscheinlich für immer
 4. Der Staat wird möglicherweise für sie ein Leben lang aufkommen müssen und wenn es dumm läuft, gilt das auch für ihre Kinder
 5. Die Anwalts- und Gerichtskosten übernimmt der Staat, also der Steuerzahler
 6. Die Bewährungsstrafe geht der Verurteilten wahrscheinlich am Allerwertesten vorbei, den sie bei dem Polizeieinsatz so großzügig präsentiert hatte.
-



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).